

aber sicher eine neue Bauernbourgeoisie mit agrarkapitalistischem Einschlag. Das Privatkapital erlangt seine alte Macht wieder, und der Staat selbst kann nicht umhin seine „Vergewaltigung“ wieder aufzulösen. Wir haben in dieser Beziehung den deutschen Proletariat nicht über die Wirklichkeiten in Dödländ vorhalten können. Hier folgt wieder eine treffende Notiz:

Moskau, 12. 11. (WTB). Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees verleiht die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Zivilgesetzbuches der RSFSR durch die des bisherigen Beschränkungen des Erbschaftsrechtes aufgehoben wird. Unter diese Abänderung fällt insbesondere die Aufhebung des Artikels, der die Höhe des mäßigsten Erbschaftsbetrages auf 10 000 GR. beschränkt. Nach neuer Fassung des Gesetzes fällt eine Erbschaft nur dann an den Staat, wenn ein Testament nicht vorliegt, oder gesetzliche Erben nicht vorhanden sind.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung des weiteren folgende Meldung des „Vorwärts“ vom 20. 11. 1925: Ein Rußland, Handelsmonopol. Eine grundsätzliche Frage des Bolschewismus.

Moskau, 19. November. (Asien-Ostasien-Dienst). Die Sowjetregierung hat ein Gesetz ausgearbeitet, das eine Erweiterung der Rechte des Privatkapitals im Innern und Außenhandel vorsieht. Es sollen dem Privatkapital Gewinnaufschlagungen ermöglicht werden, insbesondere aber soll ein solches Firmen erlaubt werden, an einem Rechnungsbuch unmittelbar mit dem Ausland auszuführen. Dieser Entschluß bedeutet einen Sieg des sozialistischen Fiktions der kommunistischen Partei. Das Gesetz soll auf der nächsten Tagung des Zentral-Exekutivkomitees ratifiziert werden. Gleichfalls sieht das Gesetz die Gewährung von Staatskrediten an den Privathandel vor.

Wenn diese Meldung sich bestätigen sollte, so wird Rußland einen entscheidenden Schritt vollziehen, der es in die kapitalistische Weltwirtschaft wieder einbezieht. Die Auswirkungen eines solchen Schritts müßten von großer Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft werden.

Ein solcher Schritt ist aber auch von großer grundsätzlicher Bedeutung für den Bolschewismus. Das Außenhandelsmonopol ist eines der letzten Reste des ursprünglichen bolschewistischen Systems. Die Abkehr davon bedeutet die Preisgabe der Aufrechterhaltung des bolschewistischen Wirtschaftssystems.

Die Wendung zum freien Außenhandel müßte als Zeichen dafür genommen werden, daß Rußland seine gesamte Außenpolitik neu orientieren will. Die „Vorwärts“ hat in seinen Schlußfolgerungen recht, wenn er sagt, dieses ist das Ende des Bolschewismus. So wenig die SPD. sich selbst zu diesem Falle äußert, aus dieser Meldung spricht eine gewisse Freude. Die letzten Stützen des Bolschewismus fallen, so daß die Sozialdemokratie die trotzkistischen Bäckchen nicht als Stütze des Kapitalismus den Weg nach Moskau getrost aufnehmen kann. Sie kann heute jubeln, denn sie hat ihr Ziel erreicht, hat in Deutschland den Bolschewismus verhindert und Rußland zur Kapitulation gezwungen.

Heute steht Rußland wieder auf einer neuen Stufe des Kapitalismus und der Bolschewik auf der Linie der Sozialdemokratie, denn sie erkennen das Gegebene als das Fundament ihrer Politik an. Noch sind sie bolschewistische Revolutionäre, aber sie werden dementsprechend die Hand reichen der internationalen Sozialdemokratie gegen die Hand der proletarischen Revolution sind sie verloren. Das westeuropäische Proletariat darf nicht mehr auf die Revolution in Rußland warten, es muß mit geschlossener Macht von neuem gegen den Kapitalismus vorgehen, eine neue Revolution durchführen.

Der Kapitalismus zehrt heute wieder einmal das Bild seines Niederganges. Er rückt die Arbeiterklassen mit Notwendigkeit für die Alternative der proletarischen Revolution. Kein Parlament kann helfen, das Proletariat muß kämpfen wenn es sich vor Hunger und Elend bewahren will, wenn es sich aus den Ketten der Lohnsklaverei befreien will. Niemand glaubt, daß die KPD-Führer das nicht wissen. Doch sie sind nicht besser als die Sozialdemokratie, die seit 1914 das Proletariat in Deutschland, Belgien und in den Staat verkauft. Heute ist die KPD, auf der Stufe des wissenschaftlichen Betrages angelangt. Sie hilft mit allen Mitteln die „Gefahr“ der Arbeitslosigkeit, die zugehörigen Klassenkämpfe überbrücken. Die „Rote Fahne“ vom 20. November fabriziert folgenden Betrug als Kommentar zu dem untenstehenden Illusionen, Forderungen einer Arbeitlosenversammlung.

Betrug. Die Arbeitslosigkeit wächst von Woche zu Woche. Der Winter verschärmt noch das Elend der Arbeitlosen und es ist darum notwendig, daß so schnell wie möglich etwas für sie getan wird. Die Maßnahmen, die das Stadtparlament zu beschließen hat, müssen genötigt sein, die Not der Arbeitlosen zu beseitigen. Es ist darum nicht mehr wie recht und billig, daß die Stadtveräter diese Forderungen der Arbeitlosen zusammenfassen. In wesentlichen hängt es von der sozialdemokratischen Fraktion ab, ob diese Forderungen der Arbeitlosen erfüllt werden oder nicht.

zialdemokratie und den Gewerkschaften gefürchtet. Mit allen Mitteln versuchen sie die Arbeitlosen über ihre Lage hinwegzujädeln.

Die Stadtverwaltung von Mühlbau (Ruhr) hat infolge der dauernden starken Zunahme der Arbeitlosen im Volksrat beschlossen, um die Arbeitlosen für den Preis von 10 Pfennig zu speisen.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß vorgestern, folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die in Berlin vorhandenen Arbeitsnachweise in einen solchen Zustand zu versetzen, daß sich die Arbeitlosen ohne Gefahr für ihre Gesundheit dort aufhalten können. Dringend notwendig ist, daß in den Arbeitsnachweisen gute Lüftung, Heizung und Reinlichkeit geschaffen werden. Ferner ist zu empfehlen, daß man in den größeren Arbeitsnachweisen Erfrischungshallen einrichtet.

Vorausichtlich wird die Stadtverordnetenversammlung, wenn sie an die Arbeit herantreten, eine ganze Reihe von Anträgen aller Fraktionen vorfinden. Auch die sozialdemokratische Fraktion bereitet noch die verschiedensten Anträge vor die für die schweren Schäden der wirtschaftlichen Entwicklung Abhilfe schaffen sollen.

Die Arbeitlosen müssen diese konterrevolutionäre Taktik erkennen, sie dürfen sich nicht ablenken lassen und ihre Pflichten, den Befreiungskampf für ein „Linsengerich“ preisgeben. Sie müssen kämpfen, um sich im Kampf gegen den Kapitalismus erlangen, was sie zu ihrem Leben benötigen.

Das darf nicht so bleiben. Die mächtig einsetzende Bewegung gegen Polizeivöllkerei und Unterdrückung der Kunst muß gesteigert werden. Erfüllung dieser Aufgabe hat sich die Vereinigung linkergerichteter Verleger Deutschlands zum Ziel gesetzt. Die Vereinigung linkergerichteter Verleger und die unterzeichneten Organisationen und Personen rufen alle Organisationen, Frauen und Männer Deutschlands auf, sich der eingeleiteten Protestaktion anzuschließen.

Auf Einladung unterzeichneter Verbände, Organisationen und Personen findet in Berlin am Sonntag, den 22. November 1925, vormittags 10 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus eine Kundgebung mit der Tagesordnung statt: Gegen Justizvöllkerei, für freies geistiges Schaffen.

Als Redner sind vorgesehen: Justizrat Fränkel, Rechtsanwalt Dr. Paul Levi, Erich Mühsam, Kurt Klauer, Johannes R. Becher, Willi Münzenberg, M.D.R., Arthur Wolf.

Dieses Schreiben wurde der Redaktion der „KAZ“ zum Abdruck eingesandt. Es ist unterschrieben von der Vereinigung linkergerichteter Verleger mit ca. 80 Titulaturen aller sogen. „linken“ Schattierungen, u. a.:

Vereinigung linkergerichteter Verleger. Reichsbund für Stedlung und Pachtung. Deutscher Pazifistischer Studentenbund. Verband für Volks- und Bühnenspiele. E. V. „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“. Verein sozialistischer Ärzte. Internationale Arbeiterhilfe. Rote Hilfe Deutschlands. Weltjugendliga. Freie aktivistische Jugend. Internationale Jugendliga. Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Freiproletarisches Jugendkartell. Helmut Drechsler. U. Produktionsgenossenschaft Leipzig-Gonnwitz. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Deutscher Industrieverband. Bund freier Menschen. Freiproletarisches Spielergemeinschaft. Industrieverband der Film- und Klängehersteller.

Syndikalistisch-Anarchistische Jugend. Carl Rottler. Heinrich Mann, München. Bertha Klotz, Berlin. Alfred Kerr. Franz Werfel. Heinrich Zille. Käthe Kollwitz. Kurt Hiller. Adolf Behne. Dr. Alfons Paquet. Frankfurt a. M. Paul Westheim. Frlr. v. Schönbach. Reinhold H. Eduard Fuchs. Herwarth Walden. Erich Mühsam. Heinrich Vogler. Rudolf Leonhard. Erich Baron. Julian Borchardt. Otto Steinicke. Dr. Kurt Kersten. Dr. Aufrecht. Dr. Paul Levi. Felix Halle. Karl August Wittfogel. Hermylna zur Mühlen. Otto Gabel. Rosebery d'Arango. Martin Faerber. Erwin Ruge. Regina Ruben. Franz Lehnhoff. Prof. Carl Grünberg. Dr. L. Klauer. Berlin. Laika.

Im Reichsgesetzblatt wird bekannt gemacht, daß in der „U. d. S. S. R.“ deutsche Gebrauchsmuster einen Schutz genießen. — Rußland schützt also auch das Eigentum der deutschen Kapitalisten.

Der bekannte italienische Finanzmann und Großindustrielle Max Bondi hat Italien „verlassen“. Infolge der großen finanziellen Verluste, die er in den letzten Monaten erlitten hat.

Die fünf im Miag-Konzern zusammengefaßten Mühlenbauanstalten beabsichtigen einen Zusammenschluß zur Produktionsverbundigung.

Die Gutheißungsbahnte A.-G. (Oberhausen Rhld.) nimmt in Newyork eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Dollar auf.

Dazu ist noch zu sagen. Die Klassenherrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bringt es mit sich, daß sich der Gedanke der Befreiung daraus in allen unterdrückten Klassen-schichtungen widerspiegelt. Es ist nicht mehr und nicht weniger als die Erscheinung der zugehörigen Klassengegen-sätze. Niemand wird erwarten dürfen, daß die Bourgeoisie als bestehende Herrschaftsklasse eine allgemeine Freiheit zuläßt. Eine Utopie ist es, zu glauben, daß der Kunst oder der freien Meinung eine besondere Freiheit eingeräumt wird. Nur die der Kunst fälschlicherweise eingeräumte „Sonderstellung“ züchtet solche Neutralitätsurteile. Sie ist eben nicht von der Politik und der politischen Konsequenz innerhalb dieser Staatsordnung zu trennen, warum ihr auch von den Hürden der „Gerechtigkeit“ im Staat keinerlei Meinungsfreiheit eingeräumt wird. Wenn die Zensur heute noch gewisse Lücken offen läßt und eine gewisse Legalität vorherrscht, so ist das die Tendenz des kapitalistischen Staates, durch einen Glauben an die Möglichkeit der politischen Freiheit innerhalb der bestehenden Staatsordnung (Demokratie) die Klassengegensätze zu überbrücken. Die Wirklichkeit sagt uns schon, daß es, wo die Klassengegensätze rücksichtslos aufgedeckt werden auch für Kunst und Literatur eben nichts neutrales, sondern wo sie sich mit Klassenkampf befaßt, eng mit demselben verbunden. Selbst der größte Sumpf aus dem Gemisch von allen Sorten Meinungen kann an dieser politischen Tendenz nichts verfehlen. Das Urteil über diesen Sumpf wird durch die bürgerliche Justiz ausgesprochen. Die Literatur führt sich entweder der kapitalistischen Ordnung und stellt sich in den Dienst derselben, oder sie bekämpft dieses System und wird somit zu einem Teil des Klassenkampfes und muß alle Konsequenzen der Unterdrückung vom revolutionären Befreiungskampf abhängig machen. Alle Protestaktionen, Resolutionen und Demonstrationen sind Unsinn, wenn ihnen nicht der Machtkampf auf dem Fuße folgt. Das wird jedoch nie die Tat einiger „Künstler“ oder Kunstschwärmer, sondern die der gesamten Arbeiterklasse sein. Die Literatur gehört darum an die Spitze dieses Kampfes. Nur der Sieg der Arbeiterklasse wird ihr die Freiheit der politischen, literarischen und künstlerischen Meinung bringen.

Der Krieg in den Mittelmeer-Kolonia In Marokko ist es, wie erwartet wurde, den vereinten Anstrengungen der Franzosen und Spanier nicht gelungen, Abd el Krim vor Eintritt der Regenzeit auf die Knie zu zwingen. Immerhin haben die gemeinsamen Operationen im Laufe des Oktobers zu nicht unerheblichen Erfolgen geführt. Durch gleichzeitiges konzentrisches Vorgehen der Franzosen von Süden und Südosten her und der Spanier aus der Zone von Melilla ist es gelungen, den sechsten Teil des bisher von Abd el Krim beherrschten Gebietes abzuräumen. Abd el Krim verliert damit nicht nur die Hilfe der dort wohnenden Stämme, sondern auch einen Landstrich, der für die Ernährung seiner Kräfte von Wichtigkeit war. Durch die Einnahme von Ajdir, des bisherigen Hauptquartiers Abd el Krims, haben die Spanier sich ferner eine Basis für weitere Unternehmungen von Norden her geschaffen. Ob diese Erfolge genügen werden, um Abd el Krim zu Friedensverhandlungen geneigter zu machen, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlicher ist, daß er im Laufe des Winters neue Kräfte sammelt und die Kämpfe im Frühjahr wieder aufleben. Jedenfalls sind Franzosen und Spanier gezwungen, solange nicht eine völlige Niederwerfung der Ristämme oder ein Vergleich mit ihnen erreicht ist, starke militärische Kräfte in Marokko zu unterhalten.

In Syrien hat der Aufstand, der sich ursprünglich auf das im Süden des französischen Mandatslandes liegende Hauran-gebiet beschränkte, nun auch auf die Gegend um Damaskus und Homs übergriffen. Die Beschießung von Damaskus durch die bisherigen Artillerie ohne vorherige Warnung der dort lebenden Europäer, Mitte Oktober, führte zur Abberufung des französischen Oberkommissars, des Generals Sarraill, der vermutlich durch einen Zivilkommissar ersetzt werden wird. Frankreich ist auch hier gezwungen, eine starke militärische Macht zu unterhalten. Sie ist zur Zeit auf über 50 000 Mann zu beziffern.

Melior Wirtschaftskurier Die Stadt Frankfurt a. M. hat nunmehr die Genehmigung zur Aufnahme einer Auslandsleihe von 4 Mill. Dollar erhalten. 7 bis 8 Mill. Dollar waren beantragt.

Die polnische Regierung hat unter Vermittlung der Wiener Kreditanstalt mit Kuhn, Loeb u. Co. New York, eine 100-Millionen Dollar-Anleihe abgeschlossen.

Der polnische Landtag hat der Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme einer neuen Auslandsanleihe in Höhe von 600 Mill. Zloty erteilt.

Der belgische Wirtschaftsminister und der Notenbankpräsident sind nach Amerika gereist, um mit dem amerikanischen Regierung und prominenten Bankiers über die Frankentabilisierung zu verhandeln.

Die englische Cunard-Linie, eine der größten Schifffahrtsgesellschaften hat in New York bei Brown, Bros. eine fünf-prozentige Obligationenanleihe von 7,5 Mill. Dollar aufgenommen zur Finanzierung ihres Schiffsbauprogramms.

Im Reichsgesetzblatt wird bekannt gemacht, daß in der „U. d. S. S. R.“ deutsche Gebrauchsmuster einen Schutz genießen. — Rußland schützt also auch das Eigentum der deutschen Kapitalisten.

Der bekannte italienische Finanzmann und Großindustrielle Max Bondi hat Italien „verlassen“. Infolge der großen finanziellen Verluste, die er in den letzten Monaten erlitten hat.

Die fünf im Miag-Konzern zusammengefaßten Mühlenbauanstalten beabsichtigen einen Zusammenschluß zur Produktionsverbundigung.

Die Gutheißungsbahnte A.-G. (Oberhausen Rhld.) nimmt in Newyork eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Dollar auf.

Im Reichsgesetzblatt wird bekannt gemacht, daß in der „U. d. S. S. R.“ deutsche Gebrauchsmuster einen Schutz genießen. — Rußland schützt also auch das Eigentum der deutschen Kapitalisten.

Der bekannte italienische Finanzmann und Großindustrielle Max Bondi hat Italien „verlassen“. Infolge der großen finanziellen Verluste, die er in den letzten Monaten erlitten hat.

Die fünf im Miag-Konzern zusammengefaßten Mühlenbauanstalten beabsichtigen einen Zusammenschluß zur Produktionsverbundigung.

Die Gutheißungsbahnte A.-G. (Oberhausen Rhld.) nimmt in Newyork eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Dollar auf.

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

November 1925 Alle Zahlungen an Postcheckkonten: Berlin, NW 7, Nr. 494 79 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifen durch die Post: Halbjährlich 0,75 Mk. (im Kopf der Zeitung angegeben) Preise: Zahlung bis 5. Belegungswoche 20. jeden Monats.

## Wer zieht den Schlußstrich?

Mit Beendigung dieser Woche soll gleichzeitig die bejahende Antwort auf die Abmachungen in Locarno entschieden sein. Der heißumstrittene Garantiepakt wird sich danach durch die Unterschrift, die sich am 1. Dezember in London vollzieht, als neue „Dawessonne“ vor dem deutschen Proletariat aufhelfen. Verheißungsvoll, so wie ihn die deutsche Bourgeoisie in ihrer größten Mehrheit, und durch die Sozialdemokratie herbeigeseht und auch zugestimmt hat. Nur fragt es sich, ob auf den Sonnenschein nicht ein großer Platzregen alle die rosigeren Gedanken in Enttäuschung breitet macht? Dem Proletariat wenigstens, wird es nicht erspart bleiben, den Illusionen, die ihm von hoher Warte der Bourgeoisie durch die Parlaments- und Gewerkschaftsvertreter aufgetischt werden, den letzten Versuchen des europäischen Kapitals, die Zwangsgesetze der Entwicklung zu durchbrechen, den vernichtenden Schatten folgen zu sehen.

Zur Zeit wird noch mit allen parlamentarischen Mitteln daran gefeilscht, wer an erster Stelle die Verantwortung für die Rückwirkungen dieses „Garantiepakts“ übernimmt, und welches die Gewinne dieses Experiments sein könnten. Das Luther-Kabinet spricht sich selbst Mut zu, um den begonnenen Schritt wenigstens noch zu vollenden, um nicht den Bankrott der kapitalistischen Politik auszusprechen, und die Sozialdemokratie hat es übernommen für den nötigen Rückhalt bei den Massen des Proletariats zu sorgen. Glühende Versprechungen von Völkerfrieden und besseren Arbeitsbedingungen bringen sie mit dem „Garantiepaakt“ und dem Völkerbund in Verbindung und lenken somit die Massen durch ein feines Mittel von der steigenden Krise und dem wachsenden Elend der Arbeiterklasse und dem notwendigen Klassenkampf ab. Ihre größte Pflicht sieht sie weiter darin, Luther und Stresemann in ihrem Tun das Rückgrat zu stärken, die Tür zu einer großen Ministerkoalition sind ihnen ja durch die Demission des Kabinetts nach der Vollendung in London aufgetan.

Löbe ist von seiner großen Propagandareise „für Locarno“ zurückgekehrt und beehrt sich, Stresemann auf einen Brief aus dem Jahre 1924 aufmerksam zu machen, worin er den Außenminister auffordert: „Haben sie endlich den Mut, treten sie dem Völkerbunde bei!“

Die übriggebliebenen Minister des Rumpfkabinetts haben gut vorgesorgt, und Luther und Stresemann können getrost nach London fahren, um das Werk mit ihrem Namen zu unterzeichnen. Am Sonnabend, den 21. November tagte der Reichsrat, und die einzelnen Oberpräsidenten, mit Ausnahme von Ostpreußen, Pommern,

Niederschlesien und teilweise Bayern und Mecklenburg, stellten sich fast vorbehaltlos zu den Abmachungen von Locarno.

Um sich jedoch gegenüber den Interessen der gesamten Bourgeoisie Sicherheit zu verschaffen, hat das Lutherkabinet es vorgezogen, nach „Vollendung“ des Schrittes, seinen Rücktritt angemeldet. Es ist eben unmöglich, für das unbestimmte der Nachwirkungen die Garantie zu übernehmen. Die neue Etappe muß auch mit neuen Statisten eingeleitet werden, die sich im Interesse der Bourgeoisie die Hörner abstoßen. Die größte Sicherheit, d. h. die bei den Führern der Arbeitermasse, hat man sich auf alle Fälle im voraus verschafft. Schon in der vergangenen Woche waren die Gewerkschaftsvertreter zu einer Vertrauenssitzung geladen, und sie gaben ihre Zusicherung, und am letzten Montag waren Wels und Crispian bei Luther und sie leisteten den Treueid für die Paktpolitik. Auf alle Fälle, wie es auch kommen mag, ist man sich der Unterstützung der langbewährten „Führer der Arbeiterklasse“ gewiß.

Der Arbeiterklasse bleibt es danach überlassen, die Früchte dieses imperialistischen Pakts zu tragen, d. h. die Wiederaufbauversuche, die an diese Abmachungen geknüpft sind, werden sich in einer gesteigerten Versklavung des europäischen Proletariats bemerkbar machen. Die Arbeiterklasse wird durch die neue Etappe den Interessen des europäischen Imperialismus ausgeliefert und den Aufgaben des Befreiungskampfes immer weiter abgedrängt. Die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien werden sich nach ihren Versprechungen, der Bourgeoisie gegenüber, als die besten Sklaventreiber erweisen. Selbst die KPD, wird in ihrem „Kampfgesang“ mehr Rußland als den Völkerbund nähert, und je mehr die Einheitsfrontspolitik in der Sozialdemokratie Fuß faßt, das Ergebnis von London am Ende dafür sorgen, daß das Ergebnis von London vollendet wird. Die SPD. kann nicht zurück, und die KPD. muß im Interesse des Opportunismus folgen.

Die Arbeiterklasse selbst steht letzten Endes vor der Aufgabe einen Schlußstrich unter alle die Illusionen und Enttäuschungen zu ziehen. Locarno und der Garantiepaakt bilden die Entscheidung im Existenzkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Der entscheidende Versuch des europäischen Kapitals, sich aus dem Chaos der Weltwirtschaft zu befreien, ist gleichzeitig der entscheidende Moment, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu erkennen. Der Arbeiterklasse bleibt heute die Aufgabe, unter das gesamte kapitalistische System den Schlußstrich zu ziehen, den Schlußstrich der proletarischen Revolution.

### Mora Zetkin in Berlin

Der Jubel der KPD. ist groß. Das Eki der Komintern hat ihr für die unfähige Ruth Fischer, die sich in Moskau im Exil befindet, eine neugeborene Führerin als Ersatz geschickt. Am Dienstag vormittag kam Klara Zetkin dorthin, wohin die Ruth ging. Nachdem der Brandtucker aufgehört hatte zu sein, hatte auch sie ihre Laufbahn beendet, und nun, wo die Ultralinken, die an Stelle der Brandt, Thalheimer, Zetkin und Meyer trat, zerschmettert am Boden liegt, hat die Rechte aufgehört, eine Gefahr zu sein, sie kann auf den alten Posten zurückkehren. Die besten Vorbedingungen hat der Ektibir eingeleitet, und wenn man auch ab und zu noch von der ehemaligen Brandtierrechten spricht, und sich zum Schein abwendet, der alte Star sitzt wieder am Giebel und pfeift den gedämpften Ton. Die Meyer, Koenen und Pfeffer sind die neuen im Brandtlerock, und niemand paßt besser zu ihnen, als die ultralinke Klara Zetkin, die sich auf eine schöne Art, des Todesart von 1923 entzog. Nun kehrt sie verjüngt an ihren alten Platz zurück und die Berliner sind hoch erfreut, einen neuen Gott zu haben. Sie wird nun vollenden, was bei dem großen Reinenachen und der letzten „Konsequenz“ der Einheitsfront noch übrig geblieben ist. Der Bezirksparteitag von Berlin-Brandenburg hat ihr aufs beste die Wege geebnet. Brillant hat man es verstanden, die neue Zellenarbeit zum Mittel gegen die Ultralinken anzuwenden.

Mit Hilfe der Betriebszellen zerreißt man die ultralinken

eingestellten Wohnbezirke, und erweckt den Anschein, die Macht in der Partei in die Hände der Proletariat in den Bezirken gelegt zu haben. In Wirklichkeit sind jene von Moskau bestimmten Parteiführer nach wie vor die Regierenden, die man nun mit einem gewissen Oberhaupt versehen hat, und man hat auf der anderen Seite die Möglichkeit geschaffen, die ultralinken Intellektuellen von den Massen zu trennen. Mit der neuen Führerin glaubt man die letzten Splitter der Opposition zu zerstören, und der Weg nach Amsterdam findet seine leuchtende Vollendung.

### Fememord-Prozess

In Schwerin hat der Prozess gegen die Mordkamarilla der Schwarzen Reichswehr begonnen. Angeklagt wegen Mord an dem Ehrhard-Mann Beyer oder Befehle dazu sind der Feldwebel Bold, Oberleutnant Witt, Oberleutnant Stecken, Leutnant Fritz und zwei „Rothbach-Gehilfen“ Peter und Röder, alles ausgesprochene Bourgeoisöhnchen und die besten Stützen der ultralinken Intellektuellen in den Massen zu trennen. Der Prozess findet wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“ unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Darüber hinaus ist jedem Beteiligten bei Zuwiderhandlung der Schweigepflicht mit 5 Mark Geldstrafe oder 1000 Mark Geldstrafe gedroht. Besser konnte die Justiz ihren Zusammenhang mit diesen Banden gewiß nicht beweisen.

## „Heran an die Massen!“

Diese Parole ist seit Jahren der Ausgangspunkt der Taktik der 3. Internationale und somit auch der KPD. Heute nach 4 Jahren Praxis dieser Taktik sehen wir die Auswirkungen dieser Parole Lenin, die auf dem 3. Weltkongress in Moskau gegeben wurde. Wir wollen hiermit untersuchen, ob die Früchte die sie zeugte, im Interesse der Revolution liegen.

Rein äußerlich gesehen, kann jede Organisation diese Parole teilen, da sie sich zur Aufgabe gemacht hat, das Proletariat für ihre Taktik und Ziele zu gewinnen. Es kommt jedoch, darauf an, welchen Inhalt man dieser Parole gibt, d. h. wie die Prinzipien der Organisation aussehen. Auch die KAPD. und AAU. haben sich zur Aufgabe gemacht, die Massen zu schulen, zum revolutionären Kampf reif zu machen und im Kampf zu führen. Die Taktik der KPD. unterscheidet sich jedoch von der KAPD. in den Mitteln, die Massen zu gewinnen. Wir halten die Methode, die von der 3. Internationale und der KPD. angewendet wird, um an die Massen heran zu kommen, für eine opportunistische, die mehr im Interesse einer gewissen Parteipolitik, als der notwendigen Klassenkampftaktik liegt.

Wenn bei der Eroberung der Massen die Qualität durch die Quantität leidet oder ersetzt wird, so verfehlt sie ihren Zweck. Eine siegreiche Revolution setzt voraus, daß die Massen von ihr erfüllt sind. Die Massen müssen von den kommunistischen Grundsätzen durchdrungen sein. Eine Massenbewegung, die nur einer Illusion nachgeht und innerlich über die Konsequenzen des proletarischen Klassenkampfes unklar ist, zerfällt im entscheidenden Moment des Kampfes wie Spreu im Wind. Wer erinnert sich nicht an die demonstrierenden Massen von 1918 und 1919. Es waren damals wirklich Massen in Bewegung, und sie hatten keine Schlagkraft, weil sie im revolutionären Denken und Handeln unklar waren. Die großen Massen der SPD. waren in der Mehrzahl auch 1914 gegen den Krieg, doch auf einen Wink der Parteiführer zogen sie willenslos für den Imperialismus zur Schlachtbank.

Hieraus sehen wir, daß Massen ohne Selbstbewußtsein nur Statisten der parlamentarischen Parteien sind. Ein Proletariat mit einer derartigen Unreife, daß ihm jedes selbständige Handeln fremd ist, wird immer um die Früchte der Revolution betrogen werden. Es muß daher unser Ziel sein, ein denkfähiges Proletariat heranzubilden. Die Voraussetzung der Revolution ist nicht Massen um jeden Preis, ganz gleich in welcher geistigen Verfassung sie sich befinden, sondern denkende Massen heranzubilden, die fähig sind, ihre eigenen Geschicke zu lenken. Es ist leicht die Massen für eine reformistische Parole zu gewinnen, doch zehnmal schwerer, sie vom Kommunismus zu überzeugen. Wir müssen trotzdem den schweren Weg gehen, da nur er uns zur proletarischen Revolution führt.

Die größten Massen der Arbeiterklasse befinden sich leider heute noch im Banne der bürgerlichen, sozialdemokratischen Ideologie. Sie glauben noch an den Parlamentarismus und an die Interessierung ihrer Lebenslage im Kapitalismus. Ein Anknüpfen an diese Stimmung der Masse kann es vom kommunistischen Standpunkt nicht geben, denn es würde eine Verknüpfung mit den Illusionen der Befreiung der Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden Staatsordnung bedeuten. Für uns kann es nur heißen, Zerstörung dieses Staates und der damit verbundenen Illusionen der Proletariat an den Kapitalismus. Ausrottung des Aberglaubens der Proletariat an den Kapitalismus. Rückichtslos Offenheit der Proletariat gegenüber ist notwendig, denn jede Halbheit birgt in sich alles verneinende Rückschlag. Nicht hinter den Massen dürfen wir marschieren, sondern vor ihnen.

Die Gewerkschaften und die SPD. sind seit Jahrzehnten Massenorganisationsformen. Doch ihre Massen, die sie als Mitglieder haben, sind für den Klassenkampf bedeutungslos, sind kein revolutionärer Faktor. Sie sind in wahrster Stille ein Hemmnis der revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse. Diese Massen der konterrevolutionären, reformistischen Gewerkschaften und SPD. kann man nur dann aus diesen Ketten befreien, wenn man ihnen eine revolutionäre Ideologie entgegensetzt. Sie müssen neue Wege des Klassenkampfes sehen, doch werden sie diese neuen Wege nie dadurch sehen, daß ihre liebgehabten, reformistischen Gedanken etwas radikalisiert werden. Diese Radikalisierung der reformistischen Forderungen betreibt die KPD. seit 1920 mit großem Eifer, die Massen sind jedoch immer noch reformistisch geblieben, die Erfolge dieser Zellenarbeit ausgeblieben sind, hat seine Gründe darin, daß die Massen nicht mit schmerzvol-



